

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Dr. Petra Sitte, Friedrich Straetmanns, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/28663 –**

Einflussnahme von Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes zur ausdrücklichen Verankerung der Kinderrechte (Bundesratsdrucksache 54/21)

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Einflussnahme von Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern auf den Inhalt eines Gesetzentwurfs geschieht nicht nur im Deutschen Bundestag, sondern sie vollzieht sich auch beim Verfassungsorgan Bundesregierung, etwa in den einzelnen Bundesministerien. Dort haben schon in den Beteiligungs- und Anhörungsverfahren gemäß den Vorschriften der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO), aber auch darüber hinaus Verbände und sonstige Personen außerhalb der Bundesregierung als Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter (im weiteren Text: externe Dritte) Möglichkeiten der Beeinflussung des Inhalts der gesetzlichen Regelungsvorschläge.

Grundsätzlich sind der Austausch der Bundesregierung mit externen Dritten und die Kenntnis, Abwägung und ggf. Berücksichtigung der im Laufe der Erstellung von Gesetzentwürfen geäußerten Stellungnahmen und enthaltenen alternativen Formulierungen nicht falsch, sondern ganz im Gegenteil: Das ist sogar wichtig. Die Bundesregierung kann und soll sich mit den in der Gesellschaft vorhandenen Auffassungen, Positionen und Interessen auseinandersetzen und diese im Rahmen der Erstellung von Gesetzentwürfen als Initiativberechtigten i. S. d. Artikels 76 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) ggf. berücksichtigen.

Dies muss nur für den Deutschen Bundestag als Gesetzgebungsorgan und nicht zuletzt auch für die Öffentlichkeit ersichtlich sein. „Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes; Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt zu verfolgen, was politisch geschieht, ist nicht möglich.“ (BVerfGE 40, 296 (327)). Darüber hinaus sollten die unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller grundsätzlich gleiches Gehör bei der Bundesregierung finden.

Die Mitglieder des Deutschen Bundestages wissen nach Einschätzung der Fragestellerinnen und Fragesteller wenig Konkretes über die Erkenntnisquellen

des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes zur ausdrücklichen Verankerung der Kinderrechte (Bundratsdrucksache 54/21), die ggf. durch externe Dritte im Prozess der Erstellung des Gesetzentwurfs eingeführt wurden und auf denen die konkreten Regelungsvorschläge ggf. beruhen. Der Deutsche Bundestag hat jedoch ein gewichtiges Interesse daran, die Übernahme bzw. Berücksichtigung der Vorschläge oder Stellungnahmen externer Dritter in dem Gesetzentwurf zu kennen. Zu der Bewertung eines konkreten Regelungsvorschlages gehört schließlich auch die Kenntnis, welchen spezifischen Interessen und Zielen er dient. Nur so kann umfassend ermessen werden, ob das Regelungsziel geteilt wird und ob die Regelung dafür unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen geeignet, erforderlich und angemessen ist.

Der Deutsche Bundestag kann nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller erwarten, dass die Bundesregierung von sich aus offenlegt, auf der Stellungnahme oder Forderung welches externen Dritten ein konkreter gesetzlicher Regelungsvorschlag ggf. beruht und ob ggf. ein Mitglied oder ein Vertreter der Bundesregierung persönliche finanzielle Vorteile aus der Berücksichtigung hat.

Es ist kein Grund ersichtlich, die Kenntnis dieser Umstände dem Gesetzgebungsorgan vorzuenthalten. Es ist vorauszusetzen, dass die Bundesregierung nichts zu verbergen hat. Die Fragestellerinnen und Fragesteller gehen davon aus, dass die Bundesregierung das berechnete Interesse der Öffentlichkeit und der Fragestellerinnen und Fragesteller sowie des Deutschen Bundestages auf substantiierte Informationen achtet. Sie erwarten, dass die Bundesregierung insbesondere zu den Fragen 3 und 4, soweit Änderungen des Gesetzentwurfs nach der Verbändeanhörung vorgenommen worden sind, diese einzeln benennt und genau begründet.

Der bloße Verweis auf den Vergleich der verschiedenen Fassungen der Gesetzentwürfe der Bundesregierung mit den in der sog. Verbändeanhörung eingegangenen Stellungnahmen missachtete nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller das parlamentarische Fragerecht.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung ist bestrebt, Regierungshandeln transparent und damit für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar zu gestalten. Daher hat sich die Bundesrepublik Deutschland im Dezember 2016 der internationalen Initiative „Open Government Partnership“ angeschlossen, um die Transparenz des Regierungshandelns für die Bürger weiter zu erhöhen. Das Bundeskabinett hat am 15. November 2018 eine „Vereinbarung zur Erhöhung der Transparenz in Gesetzgebungsverfahren“ getroffen. Hierdurch soll die bereits in der 18. Legislaturperiode erprobte Praxis fortgesetzt werden, Gesetz- und Verordnungsentwürfe in der Form, in der sie in eine etwaige Verbändebeteiligung gegangen sind sowie den von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwurf der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Vereinbarung ist unter folgendem Link abrufbar: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1557560/3eb272d7adece1680649212178782fdb/2018-11-15-transparenz-gesetzgebungsverfahren-data.pdf?download=1>.

Daneben ist vereinbart, zusätzlich die Stellungnahmen aus Verbändeanhörungen (§ 47 Absatz 3 GGO) zu veröffentlichen. Bis zur Errichtung einer zentralen Plattform wird die Veröffentlichung über die Internetseiten der jeweiligen Ressorts erfolgen, auf die auch vom zentralen Internetauftritt der Bundesregierung aus verlinkt wird. Darüber hinaus weist die Bundesregierung darauf hin, dass der weitere Verlauf des jeweiligen Rechtsetzungsvorhabens auf der Internetseite des Gemeinsamen Dokumentations- und Informationssystems von Bundestag und Bundesrat recherchiert werden kann. Öffentlich bereitgestellte Informationen machen Regierungshandeln besser nachvollziehbar.

Die Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre bzw. Staatsministerinnen und Staatsminister sowie Staatssekretärinnen und Staatssekretäre pflegen in jeder Wahlperiode im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung Kontakte mit einer Vielzahl von Akteuren aller gesellschaftlichen Gruppen. Dies schließt Kontakte ein, die aktuelle Gesetzentwürfe zum Thema haben. Unter diesen ständigen Austausch fallen Gespräche und auch Kommunikation in anderen Formen (schriftlich, elektronisch, telefonisch). Sie haben nicht, wie die Fragestellung möglicherweise andeutet, typischerweise einen lobbyistisch geprägten Hintergrund. Es ist weder rechtlich geboten noch im Sinne einer effizienten und ressourcenschonenden öffentlichen Verwaltung leistbar, entsprechende Informationen und Daten (z. B. sämtliche Veranstaltungen, Sitzungen und Termine nebst Teilnehmerinnen und Teilnehmern) vollständig zu erfassen oder entsprechende Dokumentationen darüber zu erstellen oder zu pflegen.

Parlamentarische Kontrolle von Regierung und Verwaltung verwirklicht den Grundsatz der Gewaltenteilung. Die Gewaltenteilung stellt aber nicht nur den Grund, sondern auch die Grenze der parlamentarischen Kontrolle dar. Parlamentarische Kontrolle ist politische Kontrolle, nicht administrative Überkontrolle (BVerfGE 67, 100, 140). Parlamentarische Kontrolle kann die Regierungsfunktion auch stören und bedarf daher der Begrenzung auf ein funktionsverträgliches Maß (vgl. BVerfGE 110, 199 (219); 124, 78 (122); 137, 185 (250)).

Die Fragesteller haben eine Vielzahl von identischen Kleinen Anfragen zu verschiedenen Gesetzentwürfen der Bundesregierung gestellt, deren Auswahl soweit erkennbar als eher zufällig erscheint. Die Grenze zur administrativen Überkontrolle ist angesichts des Umfangs der Überprüfung der aktuellen Gesetzgebungstätigkeit und der Detailtiefe von einzelnen Fragen aus Sicht der Bundesregierung erreicht. Die Bundesregierung geht davon aus, dass dem Informationsbedürfnis der Fragesteller künftig durch die Veröffentlichung der Gesetz- und Verordnungsentwürfe sowie der Stellungnahmen aus der Verbändeanhörung auf den Internetseiten der jeweiligen Ressorts Genüge getan ist.

1. Welche externen Dritten wurden bei dem o. g. Gesetzentwurf in der Verbändeanhörung gemäß § 47 Absatz 3 GGO beteiligt (bitte einzeln auflisten)?

Um eine schnelle Befassung des Parlaments mit dem Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes zur ausdrücklichen Verankerung der Kinderrechte (Bundestagsdrucksache 19/28138) zu ermöglichen, hat dazu keine Länder- und Verbändebeteiligung im Sinne von § 47 Absatz 3 GGO stattgefunden.

2. Welche Stellungnahmen oder sonstigen Schreiben mit Bezug zum Inhalt des im Titel der Kleinen Anfrage genannten Gesetzesvorhabens sind bei der Bundesregierung eingegangen, und wo sind diese jeweils ggf. von der Bundesregierung konkret veröffentlicht worden (bitte mit Angabe der bzw. des Einreichenden; des Eingangsdatums; des Empfängers und des Standes des Gesetzesvorhabens; ggf. Ort der Veröffentlichung mit genauer Angabe der konkreten Internetadresse auflisten)?

Dem Regierungsentwurf ist ein breit angelegter Diskussionsprozess vorausgegangen. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Kinderrechte ins Grundgesetz“ hat im Oktober 2019 ihren Abschlussbericht vorgelegt, der auf der Internetseite des BMJV unter https://www.bmjbv.de/SharedDocs/Downloads/DE/News/PM/1025_19_Abschlussbericht_Kinderrechte.html veröffentlicht wurde. Anschließend

hat das BMJV einen Referentenentwurf erarbeitet. Nach intensiven Beratungen hat dann eine hochrangige Koalitionsarbeitsgruppe eine Einigung über die Formulierung zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz erzielt.

Sowohl die Kinderrechtekommission des Deutschen Familiengerichtstags e.V. (Stellungnahme vom 3. Februar 2021) als auch der Verfassungsrechtsausschuss des Deutschen Anwaltvereins (Stellungnahme 13/2021 aus dem Januar 2021) haben dem BMJV unaufgefordert Stellungnahmen zum Regierungsentwurf übersandt.

3. Welche Vorschläge aus der Stellungnahme eines Dritten wurden durch die Bundesregierung ggf. inwieweit übernommen, und warum?
4. Welche der aufgeführten Änderungen gegenüber der jeweils vorherigen Fassung des o. g. Gesetzentwurfs führen ggf. nach Auffassung der Bundesregierung zu welchem konkreten Unterschied im Hinblick auf den zu erwartenden Erfüllungsaufwand und/oder die zu erwartenden Kosten (vgl. § 44 Absatz 2 bis 5 GGO) des o. g. Gesetzentwurfs im Vergleich zu der der jeweiligen Änderung vorausgegangenen Entwurfsfassung (bitte konkret ausführen)?

Die Fragen 3 und 4 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Referentenentwurf hat ausschließlich im Rahmen der Ressortabstimmung Änderungen erfahren; im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

5. Welche Gutachten, Studien, Expertisen, Untersuchungen, Prüfberichte oder Ähnliches von welchen externen Dritten (bzw. ggf. von welchen externen Dritten in Auftrag gegeben) wurden ggf. dem Gesetzentwurf als Erkenntnisquelle zugrunde gelegt, und wo wurde dies ggf. offengelegt?

Bei der Erarbeitung von Regelungsvorschlägen wird auf die in der Bundesregierung vorhandene Expertise zurückgegriffen. Soweit dabei einzelne Studien, Unterlagen o. Ä. herausgehoben berücksichtigt werden, werden diese regelmäßig in der Begründung erwähnt.

6. Welche vereinbarten dienstlichen Kontakte (alle nicht bloß zufälligen oder privaten Gespräche und Treffen bei Veranstaltungen, Sitzungen, Beratungen, Dienstreisen etc.) von Mitgliedern und/oder Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung (einschließlich Bundeskanzleramt) oder der Bundesministerien mit externen Dritten haben im Zusammenhang mit dem im Titel der Kleinen Anfrage genannten Gesetzesvorhaben mit welchem Ergebnis bezogen auf den Regelungsinhalt des Gesetzentwurfs stattgefunden (bitte tabellarisch mit Datum, Ort, teilnehmenden Personen, für die Teilnehmenden die Ebene des zuständigen federführenden Fachreferates ggf. mit anonymisierter Angabe aufzuführen)?
7. Inwieweit wurde ggf. der im Rahmen des zuvor genannten Kontakts unterbreitete Vorschlag eines Dritten im Gesetzentwurf positiv berücksichtigt, und wie ist dieser Umstand ggf. im Gesetzentwurf dokumentiert worden (bitte einzeln ausführen)?

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Wie in der Vorbemerkung der Bundesregierung ausgeführt, ist parlamentarische Kontrolle politische Kontrolle, nicht administrative Überkontrolle (BVerfGE

67, 100, 140). Das parlamentarische Informationsrecht steht zudem unter dem Vorbehalt der Zumutbarkeit. Schon die Abfrage auf Leitungsebene hat bei einer Gesamtbetrachtung der identischen, zwischen dem 19. Dezember 2018 und dem 1. April 2021 beantworteten 270 Kleinen Anfragen die Grenzen der Zumutbarkeit erheblich überschritten.

Die Bundesregierung hat insgesamt 82 Bundesminister und Bundesministerinnen, Staatsminister und Staatsministerinnen, Parlamentarische Staatssekretäre und Parlamentarische Staatssekretärinnen sowie Staatssekretäre und Staatssekretärinnen. Für die zwischen dem 19. Dezember 2018 und dem 12. März 2019 beantworteten 57 Kleinen Anfragen bei 15 Ressorts wurden zunächst die Termine sämtlicher Bundesministerinnen und Bundesminister, Parlamentarischer Staatssekretärinnen und Parlamentarischer Staatssekretäre bzw. Staatsministerinnen und Staatsminister und Staatssekretärinnen und Staatssekretären geprüft. Hierfür waren daher bereits 4 674 Überprüfungen erforderlich.

Die Überprüfungen sind regelmäßig mit erheblichem Aufwand verbunden. Da in Gesetzesvorhaben zumeist nicht nur eine, sondern mehrere Regelungen getroffen werden, müssen die abgefragten Vorhaben zunächst auf ihre inhaltlichen Bestandteile hin analysiert werden. Anschließend müssen die Akten entsprechend auf mögliche Gespräche zu diesen Regelungsinhalten überprüft werden, so dass in der Regel bereits bei der Überprüfung eines Termins zu einem Vorhaben mehrere Personen eingebunden werden müssen. Dies nimmt erhebliche Zeit in Anspruch. Gemäß den Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung werden Gespräche jedoch in der Regel nur zu Themen geführt, die in der Federführung des eigenen Ressorts liegen oder das eigene Ressort im besonderen Maße betreffen. Entsprechend haben diese Überprüfungen bei Personen aus den nicht federführenden oder fachlich nicht betroffenen Ressorts regelmäßig Fehlanzeigen ergeben.

Gerade vor dem Hintergrund, dass hier nicht gezielt nach einer bestimmten Regelung gefragt wird, sondern pauschal die gesamte Gesetzgebungstätigkeit der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode abgefragt wird, war ein fachlicher Bezug der jeweiligen Personen zu fachfremden Gesetzesvorhaben teilweise fernliegend. Daher werden nunmehr in der Antwort zu den Fragen 6 und 7 nur noch die Akten des jeweils federführenden und der fachlich betroffenen Ressorts sowie des Bundeskanzleramtes für den Zeitraum vom 14. März 2018 (Konstituierung der Bundesregierung) bis zum Kabinettsbeschluss des Gesetzentwurfs überprüft. Trotz der Änderung der Überprüfungspraxis waren in der Zeit vom 13. März 2019 bis zum 1. April 2021 6 484 Überprüfungen erforderlich. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden folglich bisher insgesamt 11 158 Überprüfungen durchgeführt.

Für den gegenständlichen Gesetzentwurf wurden die Akten des federführenden BMJV und der fachlich betroffenen Ressorts (hier: BMI, BMFSFJ) sowie des Bundeskanzleramtes für den Zeitraum vom 14. März 2018 (Konstituierung der Bundesregierung) bis 20. Januar 2021 (Kabinettsbeschluss des Gesetzentwurfs) überprüft.

Eine Verpflichtung zur Erfassung sämtlicher geführter Gespräche bzw. deren Ergebnisse – einschließlich Telefonate – besteht nicht, und eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt (siehe dazu die Vorbemerkung der Bundesregierung zu dieser Kleinen Anfrage sowie in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/1174). Zudem werden Gesprächsinhalte nicht protokolliert. Die nachfolgenden Ausführungen bzw. aufgeführten Angaben erfolgen auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse sowie vorhandener Unterlagen und Aufzeichnungen. Diesbezügliche Daten sind somit möglicherweise nicht vollständig.

Die Abfrage hat folgende Gespräche mit externen Dritten (nur Leitungsebene) bezogen auf den Regelungsgegenstand des Referentenentwurfs ergeben:

Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Datum	Ort	Teilnehmer/Teilnehmerin extern
Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Katarina Barley/Christine Lambrecht	26.04.2018	Berlin	Gespräch mit Prälat Dr. Karl Jüsten, Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe
	25.06.2018	Berlin	Gespräch mit UNICEF
	18.01.2019	Hamburg	Fachtagung Deutscher Kinderschutzbund – 65. Geburtstag
	25.11.2019	Berlin	Gespräch mit Aktionsbündnis Kinderrechte/Teilnehmende: Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband: Präsident Heinz Hilgers, Bundesgeschäftsführerin Cordula Lasner-Tietze, Deutscher Kinderhilfswerk: Vizepräsidentin Anne Lütkes, Projektreferentin für Kinderrechte Linda Zaiane, UNICEF: Vorsitzender Georg Graf Waldersee, Leiter der Abteilung Kinderrechte Dr. Sebastian Sedlmayr, Deutsche Liga für das Kind: Präsidentin Prof. Dr. Sabine Walper, Geschäftsführer Prof. Dr. phil. Jörg Maywald.
	19.11.2019	Berlin	Frau Prof Dr. Beate Rudolf; Direktorin des Deutschen Institutes für Menschenrechte und Frau Dr. Petra Follmar-Otto; Leiterin der Abt. Menschenrechtspolitik Inland/Europa im Deutschen Institutes für Menschenrechte
	04.12.2019	Berlin	Abendessen BMJV – DAV (Kinderrechte ins GG als eines der Themen)
Frau Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Franziska Giffey	22.04.2018	Wiesbaden	Herrn Heinz Hilgers, Präsident Deutscher Kinderschutzbund e.V. (DKSB)
	13.08.2018	Berlin	Frau Prof Beate. Rudolf, Direktorin des Deutschen Institutes für Menschenrechte e.V. Frau Dr. Petra Follmar-Otto, Leiterin Abt. Menschenrechtspolitik, Deutschen Institutes für Menschenrechte e.V.
	16.08.2018	Berlin	Eva Herlitz (Buddy Bear Help e.V.) und Ann-Katrin Fahrenkamp (Leiterin UNICEF-Arbeitsgruppe Berlin)
	20.08.2018	Berlin	Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte: Herrn Dr. Thomas Fischbach, Präsident, Frau Dr. Sigrid Peter, Vizepräsidentin.

Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Datum	Ort	Teilnehmer/Teilnehmerin extern
	04.12.2018	Berlin	Folgende Mitglieder des Aktionsbündnis Kinderrechte: Prof. Dr. Sabine Walper, Präsidentin der Deutschen Liga für das Kind, Georg Graf Waldersee, Vorsitzender des Deutschen Komitees für UNICEF Dr. Sebastian Sedlmayr, Leiter Abteilung Kinderrechte und Bildung, Deutsches Komitee für UNICEF, Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, Anne Lütkes, Vizepräsidentin des Deutschen Kinderhilfswerkes, Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes.
	21.06.2019	Dortmund	Herrn Jörg Lüssem, Bundesvorstand der Johanniter-Unfall-Hilfe, Herrn Thomas Mähnert, Bundesvorstand der Johanniter-Unfall-Hilfe.
	08.11.2019	Berlin	Folgende Mitglieder des Bundesverbandes des Deutschen Kinderschutzbunds: Heinz Hilgers, Präsident, Sabine Andresen, Vizepräsidentin, Ekin Deligöz, Vizepräsidentin, Rolf Himmelsbach, Schatzmeister, Beate Naake, Schriftführerin, Heidi Schmieding, Beisitzerin, Joachim Türk, Beisitzer, Cordula Lasner-Tietze, Bundesgeschäftsführerin, Juliane Wlodarczak, Ansprechpartnerin Presse.
	30.01.2020	Berlin	Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und 16 Landesvorsitzende der GEW, u. a.: Frau Marlis Tepe, Vorsitzende, Herrn Dr. Andreas Keller, Stellvertretender Vorsitzender, Frau Petra Grundmann, Schatzmeisterin, Frau Frauke Gützkow, Herrn Daniel Merbitz, Herrn Björn Köhler, Frau Dr. Ilka Hoffmann, Herrn Ansgar Klinger, Herrn Jürgen Schmidt, Herrn Ulf Rödde.

Vertreter/Vertreterin der Bundesregierung	Datum	Ort	Teilnehmer/Teilnehmerin extern
	10.02.2020	Berlin	Frau Marie-Louise Coleiro Preca, Präsidentin Eurochild, Frau Jana Hainsworth, Generalsekretärin Eurochild.
	17.02.2020	Berlin	Herr Georg Graf Waldersee, Vorsitzender des Deutschen Komitees für UNICEF, Herrn Dr. Sebastian Sedlmayr, AL Kinderrechte/Bildung des Deutschen Komitees für UNICEF.
	15.01.2021	Berlin	Frau Susanna Karawanskij, Präsidentin Volkssolidarität, Herrn Alexander Lohse, Bundesgeschäftsführer Volkssolidarität.
Frau Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Caren Marks	10.10.2018	Berlin	Folgende Mitglieder der Deutschen Liga für das Kind: Frau Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Kuratoriumsvorsitzende und Ehrenpräsidentin, Frau Prof. Sabine Walper, Präsidentin, Herr Prof. Jörg Maywald, Geschäftsführer.
	22.11.2018	Berlin	Folgende Mitglieder der National Coalition, Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention: Herr Thomas Oppermann, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Schirmherr der National Coalition, Herr Prof. Dr. Jörg Maywald, Sprecher der National Coalition, Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Justizsenatorin a.D., Mitglied im Beirat der National Coalition Deutschland, Luise Pfüze, Sprecherin der National Coalition Deutschland.
Frau Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Juliane Seifert	22.08.2018	Berlin	Folgende Mitglieder des Deutschen Kinderhilfswerks (DKHW): Herrn Thomas Krüger, Präsident des DKHW, Frau Anne Lütkes, Vizepräsidentin des DKHW, Herrn Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des DKHW.
	03.03.2020	Berlin	Herr Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbunds (telefonisch)
Herr Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren Dr. Helmut Teichmann	02.07. 2020	Berlin	Treffen mit Christian Schneider (Geschäftsführer UNICEF Deutschland) und Georg Graf Waldersee (Vorsitzender UNICEF Deutschland).

8. Wann wurde ggf. das Beteiligungsverfahren nach § 47 Absatz 3 GGO begonnen, und welche Frist wurde dabei zur Abgabe der Stellungnahme gesetzt (bitte die Anzahl der Werktage zwischen dem Datum der Zuleitung und des Fristablaufs angeben)?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

9. Wurden bestimmten Verbänden oder externen Dritten noch vor der formalen Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO die Vorentwürfe, Eckpunkte oder ähnliche Vorarbeiten zu dem im Titel der Kleinen Anfrage genannten Gesetzesvorhaben zugeleitet, und wenn ja, welchen, und wann?

Auf die Antworten zu Fragen 1 und 2 wird verwiesen.

10. Wann wurde ggf. die Unterrichtung gemäß § 48 Absatz 1 und 2 GGO jeweils durchgeführt?

Die Bundesländer wurden am 19. Januar 2021 unterrichtet.

